

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal; am Sonnabend und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettwigerstrasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Interessante nehmend an: in Berlin: A. Rettemeyer, Rud. Möller; in Leipzig: Eugen Fert, H. Engler; in Hamburg: Haagenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: Bäger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

Danziger Zeitung.

Zeitung.

Amliche Nachrichten.

Seine Majestät der König haben Allerhöchstes geruht: Allerhöchstbrem Leibarzte, dem Geh. San.-Rath und Prof. Dr. v. Lauer, den Roten Adler Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub zu verleihen; den Grafen v. Sedenhoff zum Kammerjunker zu ernennen; dem Kaufmann Carl August Nebel in Stettin und dessen beiden Söhnen Ludwig Paul Philipp Eduard Redies und Gustav Adolf Ulrich Nebel die Wiederannahme ihres Familiennamens „Nebel“, des Wappens „Ostoja“ und ihres alten Geschlechtsadels, sowie die Führung derselben zu gestatten; dem App.-Gev. Rath v. Rottengatter in Glogau, bei seiner Verleihung in den Ritterstand, den Charakter als Geheimer Justizrat, sowie den Fabrikbesitzern Hahne sen. zu Witten und Schäfer zu Kloster Grönigen den Charakter als Commerzien-Rath zu verleihen.

Der Maschinen-Techniker Ramm zu Bromberg, sowie der Werkstätten-Vorsteher Volkmar zu Fulda sind zu K. Eisenbahn-Maschinenmeistern ernannt und als solche bei der Ostzahn, mit dem Wohnsitz in Bromberg, angestellt worden.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 2 Uhr Nachm.

Paris, 10. Mai. Das „Journal officiel“ meldet, daß bei der landwirtschaftlichen Ausstellung in Chartres der Kaiser die Ansprache des Maires erwiderete, indem er die ehrenwerten Männer beider Parteien anforderte, die Regierung auf ihrem liberalen Wege zu unterstützen und subversiven Tendenzen Widerstand zu leisten; er hoffe, das Volk werde die civilisatorische Mission würdigen und weise Wahlen vornehmen.

Florenz, 10. Mai. Das neue Ministerium ist aus folgenden Personen gebildet: Menabrea Präsident, Minghetti Auswärtiges, Ferrari Inneres, Cambrai Finanzen, Bertole Krieg, Mordotti Arbeiten, Mirabelli Justiz, Ribotti Marine, Sargoni Handel, Broglio Unterricht.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Worms, 9. Mai. In Folge der Aufforderung des Papstes an die Protestanten, in den Schoß der römisch-katholischen Kirche zurückzukehren, hat der hier ständige geschäftsführende Ausschuß der süddeutschen Protestantengesellschaft mit einer Anzahl protestantischer Männer aus Baden, Hessen, Nassau und Bayern beschlossen, auf Montag den 31. Mai eine Versammlung deutscher Protestanten nach Worms einzuberufen, um auf die Aufrüttung des römischen Stuhles eine Antwort aus dem Munde des protestantischen Volkes zu erhalten. Dem festgestellten Programm gemäß wird Sonntag den 30. Mai Abends der erweiterte Ausschuß zusammenreten, und Montag Vormittag die Hauptversammlung stattfinden, welche mit einem festlichen Zuge nach dem Lutherdenkmal schließen soll. Der betreffende Aufruf ist u. A. unterzeichnet von Bluntschli, Sachs, König, Schenkel, Schellenberg, Bittel (Heidelberg), E. Karp, Merk, E. Ohly (Darmstadt), Schroeder (Worms), Schirren, Fresenius (Biebrich), Provost (Pforzheim), Neunig (Ridder). (W.T.)

Das Spiel mit der deutschen Frage.

Die Diplomatie kann nicht ohne Intrigen leben. Wenn eine Frage abgespielt ist, muß sie eine andere schaffen, und hätte sie diese auch bei den Haaren herbeizuziehen. Droht der Friede unter den Völkern sich zu befestigen, so sorgt die Diplomatie dafür, daß er bald möglichst wieder gefährdet wird, indem sie künftige Gefahren schafft, welche das Vertrauen auf die Erhaltung des Friedens stören. Davon haben wir jetzt wieder einen Beleg vor uns. Nachdem die auf den Orient gebauten Speculationen gescheitert sind, soll die deutsche Frage wieder zum Spielball der Diplomaten an der Seine und an der Wiede gemacht werden.

Der schändliche Angriff auf die Eroberungspolitik des Königs Wilhelm von Preußen in dem Werke des österreichischen Generalstabs über den Krieg von 1866, und die darin vor kommende Neuherierung, daß durch den Prager Frieden die Schutz- und Trutzblündnisse Preußens mit den süddeutschen Staaten ihrem Wesen nach aufgehoben seien, haben in München bereits ihren Widerhall gefunden, denn dort wird in der offiziösen Presse der Grundfaß aufgestellt, daß jene Blündnisse Verträge souveräner Staaten unter einander sind, und nicht mehr Bedeutung haben, als ein solches, das Frankreich etwa mit Dänemark abgeschlossen habe. Eine bestimmte Verpflichtung soll aus ihnen nicht hervorgehen, und daß in Baden erhobene Verlangen, daß die Süddeutschen und Norddeutschen eine gemeinsame Militär-Commission zur Feststellung ihres Vertheidigungssystems berufen sollen, wird von Bayern aus diesem Grunde zurückgewiesen. Es hat nichts mit dem Norddeutschen Kriegswesen zu thun, und Preußen hat sich um das bayerische Militärsystem nicht zu kümmern. Nur im Falle eines Krieges tritt die Allianz in Kraft, wenn Bayern den Krieg billigt. Wo nicht, bleibt es neutral. —

Eine recht erfreuliche Belebung des deutschen Einheitsfürstes! In Paris weiß man diese auch zu schätzen. Dort hat man folgenden schönen Plan zur Ausgleichung der süddeutschen und norddeutschen Interessen ausfindig gemacht, — der einer bevorzugten Wiener Zeitung berichtet wird: Die Schutz- und Trutzblündnisse werden aufgelöst und an ihre Stelle tritt ein neues, freies Verhältniß der süddeutschen Staaten, das ihrem wahren Wesen entspricht und die rechte Erfüllung des Prager Friedens bildet. Nach Analogie der belgischen Neutralität werden die süddeutschen Staaten neutralisiert, und an sie wird auch Sachsen „herangezogen“, damit hierauf dieser Südbund „unter Wahrung seiner vollen Freiheit“ mit dem Nordbunde in enge Verbindung treten kann. — Sehr gütig! Süddeutschland wird nach diesem Plan definitiv zu einer von dem Norden verschiedenen nationalen Gestaltung gemacht, deren Schutz die Großmächte übernehmen, damit er Preußen und der deutschen Nation entzogen wird. Die „bayerische“, „württembergische“ und „badische“ Sprache ist so verschieden

von der norddeutschen, wie die belgische von der holländischen und die drei Länder bedürfen der Selbstständigkeit, um frei werden zu können. Zum Kriegsdienst unter Preußen darf man sie nicht zwingen. Im Übrigen aber sollen sie Freiheit haben, sich mit einander zu verbinden wie sie wollen, und sich eine gemeinsame Gesetzgebung durch ihr Parlament zu geben. — Da werden sie sich wohl bald so viel zanken, daß sie auseinander fahren, lautet offenbar der Hintergedanke dieser Spekulanten auf die Scheidung Deutschlands nach ihren alten Stammunterschieden.

Ein deutsches Belgien und Frankreich! Wem fällt dabei nicht ein, daß es solchen selbstständigen deutschen Staaten unter dem Protectorat der Großmächte sehr bald ebenso gehen würde, wie es jetzt Belgien ergeht? Frankreich würde es sehr bald zu neuen Handelsverträgen einladen, um es vom Bölvverein loszulösen und würde ebenso seine Eisenbahngesellschaften in den Besitz der deutschen Linien zu bringen suchen, wie es dies in Belgien versucht hat, um wenn die Zeit der Annexion Belgiens gekommen ist, seine Truppen ganz bequem an den Rhein führen zu können. Es ist natürlich nicht daran zu denken, daß ein so schnelles Spiel gelingt; Baden würde es sofort zu kreuzen wissen, indem es sich weigert, darauf einzugehen, aber daß es nur versucht, und der Plan zu ihm in Paris entworfen und voll Respect vor der hohen Staatsweisheit des Böllkaisers in Wien wiederholt werden kann, beweist, wie schwach noch die Stützen der deutschen Einheit sind. Alle diese Intrigen und diese Welfenstreiche könnten nicht vorkommen, wenn den Schutz- und Trutzblündnissen, sowie dem Prager Frieden ihre natürliche Auslegung gegeben und raich in's Werk gesetzt werden wäre. Mit der von den süddeutschen Fürsten zugestandenen Unterordnung unter den König von Preußen im Falle eines Krieges ist auch die Notwendigkeit gegeben, daß diese Fürsten ihre Heere in kriegsfähigen Zustand setzen, darin erhalten und sich über diese Reform ihres als schlecht erkannten Militairwesens mit dem König von Preußen als Präsidenten des Nordbundes verständigen, und die Bestimmung des Prager Friedens, daß den süddeutschen Staaten gestattet wird, einen eigenen Bund zu stiften und durch diesen in ein näheres Verhältniß zu dem Nordbunde zu treten, gibt ihnen offenbar die Freiheit, diesen Bund auch zu unterlassen und sich im freien Verein dem Nordbunde beizugesellen. So verlangt es jeder verständige süddeutsche und norddeutsche Liberalen, und eine solche Einigung hätte Graf Bismarck sofort erreichen können, wenn er den Zusammentritt der süddeutschen und norddeutschen Volksvertretung im Reichstage zur Bedingung erhoben hätte. Dann könnte der Südbund gebildet werden oder unterbleiben; er wurde gleichzeitig, wie denn auch dessen Unmöglichkeit von vorn herein angenommen wurde. Die Unterlassung dieser Klugheit hat ganz Deutschland und haben wir in Preußen am schwersten zu büßen, denn sie verhindert die gleichmäßige Vertheilung der Lasten, welche uns die Erhaltung eines starken Bundesheeres und einer Flotte auferlegen, es ist aber auch jetzt noch nicht zu spät, diesen Fehler zu verbessern. — Es kann dies durch einen entschiedenen Schritt Preußens geschehen, und ein solcher kann in jeder Sitzung des Böllparlaments erfolgen, wenn Preußen darein willigt, daß die Böllvertretung die Ausdehnung der Kompetenz des Böllparlaments fordert. Wäre dies im vorigen Jahre geschehen, so wären wir weiter, als wir sind, und die nichtsznigen Intrigen der Welfenpartei wären im Keim ersticht worden.

Jetzt ist es aber offenbar die Pflicht Preußens, dem Spiel, das man in Paris mit der deutschen Frage treiben will, ein Ziel zu setzen. Unsere Nationallehre gebietet es uns. Wir verdienen nicht eine große Nation zu sein, wenn wir in die Scheidung des Südens von dem Norden willigen und den ersten der französischen Herrschaft zutreiben wollen. Wir würden den Rheinbund wieder aufrichten, der uns zu so tiefer Schmach gereicht. Graf Bismarck wird sich hierzu nicht verstehen; aber er muß noch mehr als das thun. Er muß aus seiner jetzigen passiven Stellung heraustraten, und den Prager Frieden, der sein Werk ist, gegen die Versuche des Auslandes, dessen Verheißen zu escamotieren, vertheidigen. Das kann in aller Ruhe geschehen, ohne Frankreich zu beleidigen, und die wahren Vertreter der französischen Nation haben schon zu oft gezeigt, daß sie weit davon entfernt sind, Deutschland in seiner inneren Entwicklung zu stören, als daß wir unser Recht nicht in seiner vollen Kraft in Anspruch nehmen sollten. Es war bis jetzt immer unser Nationalfehler, zu wenig für uns zu thun. Erheben wir uns also endlich dazu, das in Anspruch zu nehmen, was uns jeder verständige Liberalen im übrigen Europa zuspricht!

Norddeutscher Reichstag.

37. Sitzung am 8. Mai.

Der Abg. Mende ist wieder im Hause. Zweite Berathung des Gesetzes, betr. die Gewährung der Rechtshilfe § 1: „Die Gerichte des Bundesgebietes haben sich in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten gegenseitig Rechtshilfe zu leisten. Es macht keinen Unterschied, ob das ersuchende und das er-suchte Gericht denselben Bundesstaat, oder ob sie verschiedene Bundesstaaten angehören. Das ersuchte Gericht darf die Rechtshilfe selbst dann nicht verweigern, wenn es die Zuständigkeit des ersuchenden Gerichtes nicht für begründet hält.“ Abg. Reichensperger hält es für bedenklich, daß sich die Bestimmungen des Gesetzes auch auf das Verhältniß der Gerichte eines und derselben Staates beziehen. B. Com. Pape behauptet auf Grund des Art. 4 die Kompetenz der Bundesgesetzgebung, auch die Rechtshilfe innerhalb der Einzelstaaten zu regeln. § 1 wird hierauf angenommen. Die Discussion über die übrigen §§ des Tit. I, der von der Rechtshilfe in bürgerlichen Streitigkeiten handelt, knüpft sich an eine Reihe theilweise noch gar nicht gebrückt vorliegender Amendements, die, soweit sie nicht rein formeller Natur sind,

sämtlich abgelehnt werden. — Der 2. Abschnitt (§§ 20—32), welcher von der Rechtshilfe in Strafsachen handelt, wird auf den Antrag des Abg. Kannegießer einer Commission überwiesen. — Abg. Graf Bassewitz vertheidigt Mecklenburg gegen die Vorwürfe, die bei der ersten Berathung des Gesetzes erhoben worden sind. Der Abg. Reichensperger habe behauptet, er wisse nicht genau, ob in Mecklenburg die Prügelstrafe noch heute in demselben Flor stehe, wie früher. Seit der Verordnung von 1865 sei die körperliche Blützung in Mecklenburg auf Grund richtlicher Erkenntnisse unter keiner Bedingung zulässig, und der frühere Flor der Prügelstrafe sei nur eine Erfindung der Presse. Abg. Reichensperger: Aus der Bemerkung des Vorredners geht nur hervor, daß die Prügelstrafe auf Grund richtlicher Erkenntnisses bestreift ist, ich lese also zwischen den Zeilen, daß sie als polizeiliche Strafe noch fortbesteht, und ob die letztere nicht gleichfalls in das Gebiet des Gesetzes gehört, scheint mir noch zweifelhaft, da eine Unterscheidung nirgends gemacht ist. Abg. Gr. Bassewitz: Als polizeiliche Strafe existiert die Prügelstrafe allerdings noch, (Ahal) aber nur in zwei Fällen, nämlich gegen solche, die sich wiederholt als Trunkenbolde gezeigt, und bei denen sich alle anderen Strafen erfolglos bewiesen haben (Heiterkeit), und dann, wenn die betreffende Person ganz besonders dazu geeignet ist. Ich meine Spitzbuben. (Sturmische Heiterkeit.)

Zweite Berathung über den Gesetzentwurf betr. die Portofreiheiten. § 1 lautet: „Die Portofreiheit der Haupte und Mitglieder der Regentenhäuser sämtlicher Staaten des nord. Bundes bleibt in dem bisherigen Umfange aufrecht erhalten“. Abg. Dr. Becker will folgende Fassung: Den regierenden Fürsten des nord. Bundes verbleibt für ihre Person die Befreiung von Porto- und Telegraphen-Gebühren in dem bisherigen Umfange. Abg. Dr. Wigard beantragt die §§ 1, 2 und 4, die die Portofreiheit für Regenten, Bundesdienst- und Reichstags-Angelegenheiten aufrecht erhalten, zu streichen. Abg. Wigard: Portofreiheit ist nur gerechtfertigt, wo sie in der Natur der Sache begründet, oder im Interesse des Staatswohls geboten, oder durch Verträge erworben ist. Keine von allen diesen Bedingungen ist für die Befreiungen der Regenten zutreffend. Man behauptet, die Portofreiheit sei überhaupt eine Prärogative der Krone, dies ist nicht richtig; so lange wir überhaupt noch Fürsten haben, will ich in die ihnen einmal eingeräumten Rechte nicht eingreifen, eine solche Prärogative liegt aber hier nicht vor, die Königin von England z. B. besitzt dieselbe nicht. Ein Bedürfnis scheint mir gleichfalls nicht vorzuliegen, denn die Civiliste der meisten Regenten ist hoch genug bewusst, um alle ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Ich glaube, wir würden den Herren sogar einen Gefallen thun, wenn wir ihre Portofreiheit aufheben, denn es kann ein solches Privilegium auf sie doch unmöglich einen angenehmen Eindruck machen. Was von den Häuptern, gilt in noch höherem Grade von den Mitgliedern der fürstlichen Familien, die in privatrechtlicher Beziehung mit jedem Staatsbürger auf gleicher Linie stehen. Dieselben stehen überdies durch ihre bedeutende Apanage günstig genug, um ein solches Vorrecht entbehren zu können, während die Last für den Etat der Postverwaltung sehr bedeutend erscheint, wenn man erwägt, welche große Zahl von Prinzen und Prinzessinnen uns der Abgeordnete Becker allein aus dem Hause Lippe auf Grund des genealogischen Kalenders nannte. Ebenso glaube ich, daß die Portofreiheit für Bundesdienst-Angelegenheiten für den Bundesrat und Reichstag zu befestigen ist, und ich will deshalb nur eine einzige Begünstigung aufrecht erhalten wissen, nämlich für das Militär. Der Soldat hält sich im Dienste des Staates nicht freiwillig, sondern zwangsläufig an dem Orte seiner Garnison auf und wir geben ihm deshalb durch eine Portovergünstigung nur eine gerechte Entschädigung. — Abg. Dr. Becker: Das Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen durchdringen und bedingen sich gegenseitig so sehr, daß ich es für durchaus notwendig halte, auch das Telegraphengebühren mit in das Gesetz hineinzuziehen. Die Folge würde sonst sein, daß diejenigen, denen jetzt Porto- und Telegraphenfreiheit zu steht, wenn sie die erste verlieren, einen um so umfangreicher Gebrauch von letzterer machen werden. Der Missbrauch in dieser Beziehung ist größer, als Sie gewöhnlich glauben; so sagte mir ein Postbeamter, daß der Ausfall, den der Staat Neuf durch Benutzung der Brief- und Paketporto-freiheit seitens seiner 45 Prinzen und Prinzessinnen erleidet, größer ist als der Etat seines gesamten Postvermögens beträgt. (Heiterkeit.) Aehnlich verhält es sich mit den freien Telegrammen. Nach der Sicherung eines darüber wohl unterrichteten Mannes ist die Zahl der freien Staats-telegramme, welche gar kein Staate interessieren, allein in Preußen auf jährlich 25,000 zu veranschlagen. (Hört!) —

Präident Delbrück warnt im Interesse des Bistandeskommens des Gesetzes vor dem Hereinziehen fremder Fragen. Überdies sei durch Art. 48 der Verf. das Telegraphengebührenwesen der Gesetzgebung entzogen und der Verwaltung überlassen. Abg. Biegler: Die vom Präidenten Delbrück geltend gemachten Gründe beruhen auf einer Interpretation der Verfassung, die die läufigsten bisherigen Versuche übersteigt. Wäre die Auffassung richtig, so hätte es die Verwaltung in der Hand, durch Einführung allgemeiner Telegraphenfreiheit das ganze Budget des Hauses bezüglich des Etats der Telegraphenverwaltung illusorisch zu machen, über die Unrichtigkeit der Interpretation aber läßt schon der Art. 70 keinen Zweifel. In welcher Weise die Telegraphenfreiheit gemäßbraucht wird, ist kaum zu glauben; so werden seitens lange Erkundigungen nach einer im Wochenbett sich befindenden Dame eingezogen, die ungeheure Summen kosten, und wenn ich auch gern einräume, daß man sich für ein so wichtiges historisches Ereignis erwärmen kann (große Heiterkeit), so mag man dies doch nicht aus der Tasche des Volkes thun in einer Zeit,

wo man eine wahre Steuerjagd eröffnen müßt, um den Bedürfnissen des Staates gerecht zu werden. (Sehr wahr!) Es wird uns mit Scheffeln genommen, geben Sie uns wenigstens mit Löffeln wieder. Abg. v. Kirchmann: Wenn der preußische Landtag das unbestritten und von der preußischen Regierung selbst anerkannte Recht hat, über Exemtionen bei der Gebührenleistung für telegraphische Depeschen mitzusprechen, wie kann man es dem Reichstage absprechen? Präsident Delbrück bestreitet die Richtigkeit dieser Auffassung auf das Bestimmteste, indem er aus den stenographischen Berichten eine Erklärung des Handelsministers Grafen Thyen verliest, welche die einseitige Bestimmung des Tarifs für Telegramme durch die oberste Verwaltungsbehörde constatirt. Abg. Lasker empfiehlt die Amendements abzulehnen, um das Zustandekommen der Vorlage nicht zu fördern, die einen entzweideutigen Fortschritt bezeichnete und eine Pflicht gegen die kleinen Staaten erfülle, weil Preußen auf ihre Kosten in dieser Sache Vortheile habe. Generalpostdirector v. Philippsborn: Die Portofreiheit für regierende Häuser, ein hergebrachtes Ehrenrecht, das sich fast in sämtlichen Staaten Europas und in allen Postverträgen widerfindet, wird den fürstlichen Mitgliedern der regierenden Häuser gewährt. Redner verliest eine Zusammenstellung der an sämtlichen Höfen bestehenden Portofreiheiten; die Ausnahmen, wie England, wo sie ganz unbekannt ist, wie Italien, wo der König nur für ankommende Briefe und Pakete die Freiheit genießt, für abgehende aber nur, wenn sie an Funktionäre des Staats gerichtet sind, wird mit: hört! hört! aufgenommen. Die Verwaltung wird über den engsten Gebrauch des Privilegiums durch die fürstlichen Mitglieder der regierenden Häuser wachen. — Abg. v. Hoyerbeck meint nach, daß der Bundescomm. mit sich selbst in Widerspruch stehe, da er für die Postbefreiungen, die doch auch nur reglementarisch eingeführt seien, ein Gesetz einbringe; dasselbe gelte für die Telegraphen-Gebühren. Wollte man hier ein Ehrenrecht statuiren, so hätten die Mitglieder des Reichstags eben so viel Anspruch auf diese Ehre.

Abg. Biegler: Die Portofreiheit ist ein Vortheil, aber kein Ehrenrecht, denn es ist keine Ehre, einer allgemein von allen Bürgern getragenen Ausgabe auszuweichen. Wenn man einem englischen Lord damit käme: „Du sollst weniger bezahlen als dein Bürger und zwar als Ehrenauszeichnung, so würde er rufen: O for shame! Bleiben Sie mir vom Leibe!“ Ist die Portofreiheit aber ein Ehrenrecht, warum will man sie ablösen? Ich könnte in diesem Sinne ein Amendement stellen: Wir brauchen ja nur jeden Prinzen und jede Prinzessin aus den bündesfürstlichen Häusern vom 18. Lebensjahre mit jährlich 1000 Groschenmarken zu dotieren, das macht auf den Tag ca. 3. Briefe und wird auftreichen (Heiterkeit). Wenn der Abg. Lasker uns vorrechnet, daß die Kleinstaaten, von denen er Meiningen vertritt, zu kurz kommen, so sollte er doch auch berücksichtigen, was Preußen ohne alle Entschädigung in die Masse geworfen; ich erinnere nur an die ganze preußische Flotte. Ich kann den kleinen Staaten nur raten, unter ihre resp. Wappen zu schreiben: „Von Abgabenzahlen stirbt kein Mensch“ und als Überschrift „Geld macht nicht glücklich“. Das gehört nun einmal zum norddeutschen Bürgerthum und wenn sie diese beiden Gebote sich und ihren Kindern als erste menschliche Grundsätze beibringen, so haben wir Hoffnung, daß sie gute norddeutsche Bürger werden. (Anhaltende Heiterkeit.) — Bei der Abstimmung wird § 1 in folgender Fassung angenommen: „Den regierenden Fürsten des norddeutschen Bundes verbleibt die Befreiung von Portogebühren in dem bisherigen Umfange.“

SS 2—4 werden ohne wesentliche Debatte angenommen, bei § 4 (Portofreiheit für den Reichstag) beantragt Abg. Haussmann, auch die Portofreiheit für die einzelnen Mitglieder des Reichstags beizubehalten; dieser Antrag wird jedoch mit allen gegen 6 Stimmen abgelehnt. § 5 (Portovergünstigungen für Militärpersonen) wird gleichfalls angenommen. § 6 spricht die Entschädigungspflicht der Bundespostkasse für die durch dieses Gesetz aufgehobenen Bestimmungen aus, soweit „dies mit Rücksicht auf die von Portofreiheiten etwa zu Grunde liegenden speciellen Rechtsmittel nach den Bundesgesetzen nothwendig ist.“ Abg. Lasker beantragt statt „specielle Rechtstitel“ — „Privatrechtstitel“ zu setzen. Abg. Lasse will trotz der Schwierigkeiten in einzelnen Fällen die Entscheidung der Entschädigungfrage richterlichem Urteil anheimgegeben wissen. So sei diese Portofreiheit für wohlthätige Vereine nur eine Subvention zur Erreichung eines vom Staate gebilligten Zweckes. Bei manchen Verträgen mit Banken sei die Frage allerdings zweifelhaft; er möchte in Bezug hierauf schon jetzt die Erwartung aussprechen, daß bei der Abschließung eines neuen Vertrages mit der Bank in Preußen weder diese Portofreiheit noch eine Entschädigung dafür stipulieren werde. Abg. Lasker: Zur Begründung der Forderung einer Entschädigung muß nothwendig ein Vertrag vorliegen und die Sache also auf dem Wege des Privatrechts erledigt werden. Bundes-Commissar v. Philippsborn: Es bestehen manche Portofreiheiten, die nicht auf Vertrag beruhen und doch entschädigt werden müssen aus Gründen der Billigkeit. Die mit Vorbehalt des Widerufs ertheilten Freiheiten lassen sich ja aufheben; über die unwiderruflich ertheilten aber gehen die Meinungen aus einander; ebenso über die durch allerhöchste Ordre vor der Verfassung in Preußen ertheilten Freiheiten. Ich bitte Sie, jedenfalls den Antrag Lasker abzulehnen. Abg. v. Hennig: Gerade durch diese Erklärung werden Sie sich veranlaßt sehen, m. h. den Antrag Lasker anzunehmen. Es existieren eine solche Menge von Freiheiten, die ohne Vorbehalt des Widerufs ertheilt sind, daß wir durch die Entschädigung für die Aufhebung derselben sehr geschädigt werden könnten. Wenn z. B. der preuß. Bank 1870 von der Regierung diese Freiheit nicht entzogen wird, so bleibt sie bestehen und der Nordde. Bund büßt dadurch sehr ansehnliche Summen ein, denn die Bank hat nicht nur die Portofreiheit für Briefe, sondern auch für alle Geldsendungen. — Das Amendement Lasker wird darauf mit großer Majorität angenommen. Dafür stimmt auch u. Abg. v. d. Heydt. Der Rest der Vorlage wird ohne Discussion genehmigt. Auf Antrag des Abg. Fries wird noch folgender §: „Die Vorschriften des Art. 52 der B.-Verfassung haben, auf denjenigen Theil der Postabfertigungen keine Anwendung, welcher durch die in gegenwärtigem Gesetze angeordneten Portofreiheiten gewonnen wird“ — angenommen, nachdem der Bundes-Commissar v. Philippsborn einen Plan über die Vertheilung der aus dem Gesetze resultirenden reinen Mehreinnahmen mitgetheilt hat. — Das Haus beschließt endlich wegen des Pfingstfestes die Sitzungen vom 15. bis 20. Mai auszusetzen. Nächste Sitzung: Montag.

* Berlin, 9. Mai. [Aus dem Reichstage. Von Bundesrat. Verträge mit der Schweiz. Fournier.] Mit der ersten Lesung der Wechselstempelvorlage wurden die

Verhandlungen der bündesrätlichen Steuersforderungen begonnen. Auf verschiedenen Seiten hatte man eine Generalbattute über die gesamten Steuervorlagen erwartet. Dieselbe unterblieb indes in Folge einer Verständigung zwischen den Nationalliberalen und der Fortschrittspartei, wonach man die Wechselstempelsteuer-Vorlage nicht für eine solche Erörterung geeignet erachtete, zumal da ja doch bestimmte Beschlüsse nicht zu fassen waren. Der Inhalt der Vorlage ist nicht sowohl eine neue Steuer oder Steuererhöhung, wie vielmehr eine Steuerreform und vielfach zugleich Erleichterung. Uebrigens wird demnächst die allgemeine Steuerdebatte nicht ausbleiben, man hofft durch sie den Gang der Steuergesetzberathungen wesentlich abkürzen und zugleich den Standpunkt der Majorität des Reichstages den Bundesregierung gegenüber unzweideutig klar legen zu können. Die Commission, welche vom Reichstage zur Berichterstattung über die massenhaft eingelaufenen Petitionen, die Brannweinbesteuerung und Einführung einer facultativen Fabrikatsteuer &c. betreffend, gewählt wurde, hat in ihrer gestrigen Abstimmung beschlossen, ihre Anträge an den Gesetzentwurf über die Besteuerung des Brannweins anzulehnen. Die in diesem Entwurf vorgeschlagene Steuererhöhung von 33½ % wurde in der Commission mit 11 gegen 1 St. abgelehnt, dagegen die Einführung der facultativen Fabrikatsteuer mit 8 gegen 4 St. angenommen. Der nächste Gegenstand der Berathung in der Commission wird wahrscheinlich die Gewährung weiterer Erleichterungen für die rein landwirtschaftlichen Brennereien sein. — Im Bundesrat ist der Gesetzentwurf über die Brannweinsteuer zur Annahme gelangt. Von mehreren Handelslammern sind Petitionen gegen diese Steuer eingelaufen. — Die vom Präsidium des Zollbundesrathes gemachte Vorlage wegen Abänderung des Zolltariffs beantragt, wie die Offiziellen versichern, neben dem Eingangszoll auf Petroleum eine große Zahl von Zollbefreiungen, u. A. für lebendes Vieh, ferner eine Herabsetzung der Eisen- und Neiszölle. — In einer Conferenz wurde vorgestern Abend die definitive Fassung der schweizerischen Verträge festgestellt, so daß die Unterzeichnung binnen kurzer Frist zu erwarten steht. Es werden drei Verträge abgeschlossen werden; 1) Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und der Schweiz; 2) Additional-Convention zum Handelsvertrag zwischen dem Nordde. Bunde und der Schweiz, wozu der Beitritt der süddeutschen Staaten offen gehalten wird, wegen der Achten-Gesellschaften; 3) eine Literar-Convention zum Schutz wegen Nachdrucks zwischen dem Nordde. Bunde und der Schweiz. — Die „N. Allg. Z.“ stellt es in Abrede, daß in der Fournier'schen Angelegenheit vom Cultusminister der Competenzconflict erhoben sei.

[Die städtische Schulcommission und Hr. v. Hülsen.] Wenn der Gesetzentwurf der neuen Gewerbeordnung nur von der Belebung der Kinder in Fabriken spricht, so wird man nach den neuesten Erfahrungen gut thun, hinzuzufügen: „und in Theatern“. In den städtischen Schulcommissionen ist nämlich zur Sprache gekommen, daß eine verhältnismäßig große Anzahl von Kindern dem Schulunterricht dadurch entzogen werde, daß sie als Statisten und Figuranten für Oper und Ballett an unserer Königlichen Bühne ausgebildet werden. Da die Proben und Übungsstunden hierfür immer Vormittags stattfinden, so liegt auf der Hand, daß von einem Schulbesuch wenig oder gar nicht die Rede ist, und wird bei den Eltern deshalb Nachfrage gehalten, denen sie sich mit den Befehlen der General-Intendanten der Schauspiele als einer königlichen Behörde. Um nun hiergegen Abhilfe zu treffen, ist von einer der Schulcommissionen an Hr. v. Hülsen zunächst die Anfrage ergangen, inwiefern er dafür Sorge trage, daß die bei Oper und Ballett beschäftigten Schulkinder den gesetzlichen Schulunterricht erhalten.

* [Marine.] Das Dampfsakonenboot „Delphin“ ist am 6. d. von Sulinga in Galaz angelkommen.

Kiel, 8. Mai. Unter Commando des Capitain-Lieutenants Kazeburg geht morgen die für die „Grille“, welche in Dienst gestellt werden soll, bestimmte Mannschaft nach Danzig ab.

Schleswig. [Die Auswanderung] nimmt in unserer Provinz ungemein zu; in den letzten drei Monaten sind von der Regierung 700 Auswandererlaubnisse an Einzelne und ganze Familien ertheilt worden. (H. R.)

Kassel. [Die Interessen des beschlagnahmten kurfürstlichen Vermögens] werden zum Theil zu verschiedenen Bauten hieselbst, namentlich zum Bau einer Bildergallerie, verwendet werden.

Leipzig. [Der Secretär des Mende'schen Arbeitvereins], Klang, veröffentlicht im Berliner „Socialdemocraten“ ein Schreiben, im welchem er seine Functionen als Secretär des Vereins und als Redacteur der „Freien Zeitung“ widerlegt. Als Grund dieses Entschlusses führt Klang die bestehende „Dictatur einer Frau“ an, deren Anordnung, wie diese Dame Herrn Klang erklärt habe, „selbst der Präsident, Herr Mende, gehorche.“

Oesterreich. Wien, 8. Mai. [Der confessio nelle Ausschuss des Reichsrathes] hat eine Resolution angenommen, das Ministerium aufzufordern, wegen Aufhebung des Concordats, insofern dies nicht bereits durch das Staatsgrundgesetz und sonstige erlassene Gesetze geschehen ist, und wegen geistlicher Regelung der durch das Concordat berührten Staatsgrundgesetzgebung in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen. (W. T.)

Belgien. Brüssel, 9. Mai. [Renteconvertirung.] „Etoile belge“ meldet, daß wahrscheinlich die Umwandlung der 4½ prozentigen Rente in eine 4 prozentige in nächster Zeit erfolgen werde.

England. London, 8. Mai. [Aus Cork] meldet Reuters Bureau, daß dort in Folge der gegen den Bürgermeister O'Sullivan beantragten Bill mehrere höchst erregte Versammlungen stattgefunden haben.

[Die Atlantische Telegraphen-Gesellschaft] wird vom 1. Juni an ihren Depeschen-Tarif von 3 L. 7 sh. 6 d. für zehn Worte und 6 sh. 9 d. für jedes nachfolgende Wort auf 2 L. für zehn Worte (excl. Adresse und Unterschrift) und 4 sh. für jedes nachfolgende Wort reduciren. Gleichzeitig werden alle für Zeitungen bestimmte politische wie andere Berichte zur Hälfte des Preises beförbert werden, mithin wird jedes Wort einer Zeitungsddepesche nur 2 sh. kosten.

Frankreich. Paris, 8. Mai. [Staatsminister Rouher] ist durch ein Decret des Kaisers beauftragt worden, während der Abwesenheit des Marquis de Lavalette die Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten interimistisch zu übernehmen. (R. T.)

[Friedliche Wahlmanife] Bezeichnend ist es, daß die Wahlmanife sich alle für den Frieden aussprechen und kein einziger Deputirter es wagt, sich bei seinen Wählern dadurch beliebt zu machen, daß er in die Kriegsposaune stößt. In dieser Beziehung scheint die Regierung übrigens der öffentlichen Stimmung Rechnung tragen zu wollen, denn sie läßt in ihrem Journale ankündigen, daß sie nach der Aufhebung des Lagers von Châlons alle Soldaten entlassen will, deren Dienstzeit am 31. Decbr. 1870 zu Ende ist. Die Reduction der Armee würde sich in Folge dieser Maßregel auf

45,000 Mann belaufen. Auf die Schlagseitigkeit der französischen Armee würde diese Maßregel, wie auch Marschall Miel so vielfach auseinander gesetzt, keinen Einfluß haben. Wichtig ist sie jedoch in so fern, als sie darin, wie sehr die französische Regierung die anti-kriegerischen Gefühle der französischen Nation zu berücksichtigen sich genötigt sieht.

Wie die „Opinion Nationale“ vernimmt, ist gegen den „Nappel“, welcher gestern erst seine zweite Nummer ausgab, schon ein Preßprozeß eingeleitet worden.

Ausland. [Aus Pittauen] wird dem „Dziennik Poznański“ berichtet, daß Potopoff Eintreten für die Revision der bäuerlichen Regulirung den im Interesse des Rechts ersehnten Erfolg nicht gehabt hat. Der Reichsrath hat, nach langer Verschleppung der Sache, das Project des General-Gouverneurs von Wilna, welcher deshalb selbst nach Petersburg gefommen war, verworfen und will die unerträglichen widergesetzlichen Beeinträchtigungen des Eigenthums der Gutsbesitzer höchstens dadurch ausgeglichen sehen, daß den Beschädigten ein Buschus zu der schon bewilligten Entschädigungssumme gewährt wird. Mit der Entscheidung der einzelnen Fälle sind die Friedensvermittler beauftragt. — Der Notstand in Pittauen dauert fort. Seit der Feuerbrunst in Butryman ist wieder eine solche in Grabow, Solusker Kreises, zu beklagen. Dabei wird das Treiben der Räuberbanden, namentlich in den nördlichen Bezirken immer frecher. Kürzlich sind 23 Theilnehmer solcher Banden wegen Raubes und Mordes von den Kriegsgerichten zum Tode verurtheilt, vom Landeschef jedoch zu schwerer Arbeit in den Bergwerken Sibiriens begnadigt worden.

[Im Postressort] wird, wie der „M. Z.“ gerügt, weise geschrieben wird, ein Project über die Zulassung von Frauen zu den unteren dienstlichen Stellungen bearbeitet.

Italien. [Der ehemalige Minister-Präsident Ricafolli] ist nach Berlin abgereist, wo er einige Zeit zu verweilen gedenkt. (A. B.)

Spanien. Madrid, 7. Mai. [Den Cortes] ist der Entwurf einer Aulei zum Zwecke des Loskaufs der in der Provinz Madrid (nicht Stadt) Conscribten vorgelegt worden. Die geforderte Summe beträgt eine Mill. Piaster. In der heutigen Sitzung wurde der Antrag Orense's auf Gewährung vollständiger individueller Freiheit mit 124 gegen 58 Stimmen verworfen, und hierauf die Berathung über den Antrag Figueras-Primargall auf Gewährung vollständiger Preßfreiheit begonnen. — Die Zeitungen erwähnen das Gerücht, daß eine Verschwörung in Barcelona entdeckt sei. Zahlreiche Personen seien verhaftet worden, darunter mehrere Offiziere und Priester. (W. T.)

8. Mai. [Cortessitzung.] Die Artikel 23 bis 27 der Verfassung, betreffend die Freiheit des Domicils und der Industrie, sowie die Zulassung zu öffentlichen Aemtern wurden angenommen. Ueber das Amt des Groß-Almoseniers stand eine lange Debatte statt. In Beantwortung einer Interpellation wies General Prim den Vorwurf, nach der Dictatur zu trachten, energisch zurück; sein einziger Wunsch sei, die Errungenchaften der Revolution befestigt zu sehen. Der General äußerte ferner, die Regierung lenne die wahre Lage Cataloniens, er könne versichern, daß die Gefahr eines Ullerkrieges nicht vorhanden sei. (W. T.)

Danzig, den 10. Mai.

[Marine.] Bei der mit diesem Frühjahr hier in Bau genommenen Panzerkorvette „Hansa“, wie bei den beiden für die Inbaunahe in Kiel und Heppen noch projectirten Panzerfregatten sollen, nach Mittheilung der „Boiss. Ztg.“, alle die neuerdings bei den Panzerfregatten in Ausführung getretenen technischen Fortschritte eine Anwendung finden. Namentlich wird sowohl für die Thurnschüsse dieser Schiffe, wie für die Batteriedesselben, die Construction der Schiebcharten nach dem Muster des „Hercules“ und „Monarch“ beabsichtigt, welche freiere Verwendung der Artillerie als bisher gestatten. Die Panzerung sollen zehnzöllige Platten in Ausicht genommen sein und die Armierung wird mindestens teilweise mit elfzölligen Geschützen bewafft werden, wozu die Bestellungen bereits aufgegeben worden sind.

* Nachdem die Mennoniten mit ihren Bitten um Beibehaltung der früher ihnen zugestandenen Befreiung vom Militärdienste unmöglich durchdringen konnten, hat die Bundesregierung angeordnet, daß die Auswanderung derjenigen Mennoniten, welche durch ihr Gewissen zu einer solchen gedrängt würden, in jeder Weise erleichtert werden solle.

* [Victoria-Theater.] Herrn Radke ist vom Ober-Präsidium die Erlaubnis erteilt, in seinem Victoria-Theater unter Leitung eines zuverlässigen Regisseurs theatralische Vorstellungen zu veranstalten.

* Versandt per Bahn im Monat April: 26,859 Last Weizen, 12,039 Last Roggen, 8942 Last Gerste, 3577 Last Erbsen, 517 Last Hafer, 1772 Quart Spiritus; angelommen 829 Last Weizen, 453 Last Roggen, 96 Last Gerste, 69 Last Erbsen, 40 Last Hafer, 13 Last Kübse, 26 Quart Spiritus.

* [Aus dem Caplande.] Dem Briefe eines Danzigers aus Capland, Grahamstown, entnehmen wir folgenden Auszug: „Mit dem Goldfinden, sowohl graben als waschen, ist es hier nichts, dasselbe ist nicht reichthalig genug. Doch werden in letzter Zeit wieder ziemlich viele Diamanten gefunden. Diesen Monat (März) z. B. wurde einer von 83½ Karat gefunden, weißes Wasser; ein holländischer Bauer kaufte denselben von einem Eingeborenen und bezahlte dafür mit 500 Muttershafen, 10 Kühen und 2 Pferden. Der Käufer brachte den Edelstein nach Hopetown, wo ihn die Firma L. für 11,200 Pfds. Strl. kaufte. Der Diamant ist jetzt auf 25,000 Pfds. Strl. und wohl noch mehr wert. Die Geldverhältnisse sind hier noch immer schlecht.“

* [Der Ortsverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter] beschloß in seiner Versammlung am Sonnabend, ebenso wie die bieghen Maurer- und Zimmergesellen in Berlin abgeführt haben, auch seinerseits 25 Thlr. beizutreten. Die statutenmäßige Unterstützung beträgt in solchen Fällen 2 Thlr. pro Woche. Die Agitation für Bildung von Ortsvereinen namentlich in Elbing und Bromberg soll energisch betrieben werden. Bei der Debatte über die Bildung von Kranken- und Invalidenfassen wurde erwähnt, daß in Berlin jeder Arbeitgeber verpflichtet sei, für jeden seiner Arbeiter 6 Pf. Beitrag pro Woche zu zahlen, und daß sich hieraus das bedeutende Capital von 72,000 Thlr. angefammelt habe.

* [Gerichtsverhandlung am 8. Mai c.)] 1) Am 13. Septbr. pr. feierte in Neuschottland die Witwe Gronert die Hochzeit ihrer Tochter. Es wurde in der Gronertschen Wohnung getanzt, und vor der Thüre entstand ein Volksauflauf, der mit grossem Umfang begann und mit Messerstechen endigte. Es sind augenblicklich die Arbeiter Pätzsch und Hirsch durch Messerstechen arg verletzt worden. Leider hat sich nicht feststellen lassen, wer den Pätzsch verletzt hat, dagegen hat H. eidlich bekundet, daß er ohne jede Veranlassung von dem Arbeiter Ferdinand Feber aus Neuschottland, der mit geöffnetem Messer auf ihn zugesprungen sei, im Haussflur der G. 2 Stiche in die linke Schulter erhalten hat.

Heute Vormittag 9 Uhr wurde meine liebe Frau Clara, geb. Klette, von einem kräftigen Knaben glücklich entbunden. Dieses statt jeder besonderen Meldung. Zabienken, den 8. Mai 1869.

(1374) Otto Glebsch.

Die Verlobung meiner Tochter Marie mit dem Apotheker Herrn Franz Elsner ehre mich ergebenst anzugezen.

Oeconomie-Commission-Rath

Menkel.

Mühlhausen in Thüringen. (1402)

Heute Abend 7½ Uhr starb, nach längerem Krankenlager, an Alterschwäche der Kaufmann Friedrich Wilhelm Puttkammer.

Um stilles Beileid bitten

die Hinterbliebenen.

Danzig, den 9. Mai 1869. (1387)

Todes-Anzeige.

Den heute Vormittag 10½ Uhr nach langen und schweren Leiden im 50. Lebensjahr erfolgten sanften Tod meiner geliebten Frau Mathilde, geb. Hildebrandt, zeige ich Verwandten und Freunden hierdurch, statt jeder besonderen Meldung, tief betrübt an.

Graudenz, den 9. Mai 1869.

G. Szezanski,
Königl. Musik-Director und
Seminarlehrer.

Nach längerem Leiden entschließt heute früh um 9 Uhr im 61. Lebensjahr mein innig geliebter Gatte, der Kaufmann

Alexander Eduard Wendt.

Diese Anzeige widmet allen Theilnehmenden statt besonderer Meldung, zugleich im Namen der Kinder und aller Verwandten, tief betrübt Henriette Wendt,

(1412) geb. Miz.

Danzig, den 10. Mai 1869.

In der morgen den 11. Mai ex. auf der Pfefferstadt No. 38 und 39, gegenüber dem Gerichtsgebäude, stattfindenden Mobiliens-Auction kommen Mittags 12 Uhr zwei große Schuppenpelze auf höhere Verfügung, sowie 2 Ölgemälde zum Verkauf.

(1392) Nothwanger, Auctionator.

Die Musikalien-Leih-Anstalt von Constantin Ziemssen,

Danzig, Langgasse No. 55, bietet ihren Abonnenten zu möglichst geringen Abonnementssätzen die möglichst größte Auswahl aus allen Säubern der Musikalien-Literatur.

Die Anstalt wird den Anforderungen der Zeit gemäß fortwährend ergänzt und erweitert.

(946) Billiger Verlag von Holle, Peters, Vitoff stets vorrätig.

Die in jeder Richtung complettierte Musikalien-Leih-Anstalt von

Th. Eisenhauer,

Langgasse 40, vis-à-vis dem Rathause, empfiehlt sich zu den günstigsten Bedingungen zu zahlreichen Abonnementen. Prospekte gratis.

Hauptcatalog 7½ Sgr., 1. Nachtrag 2½ Sgr., 2. Nachtrag (bis October 1868) 2½ Sgr.

Großes Lager neuer Musikalien, darunter der billige Verlag von C. F. Peters, H. Vitoff u. L. Holle.

Unterzeichnet empfiehlt sich zur Vertreibung von Entwürfen zu Neu-, Um- u. Reparaturbauten, Veranschlagungen, Taxationen u. a. dergl. technischen Arbeit. Preise werden billigst gestellt.

H. Jacobi, Maurermeister,

(1393) Voggenfuß 15.

Blumen-Verloosung des Gartenbau-Bereins.

Loose à Stück 5 Sgr. werden verkauft: 1) bei Herrn A. Lenz, Langgasse 27.

2) " Ed. Grenzenberg, Langenmarkt.

3) " Th. Bertling, Gerbergasse.

4) in der Expedition der Danziger Zeitung.

Feinen Cognac, Jamaica Rum, Arrack de Batavia, Ungar-Weine; ächten Tokayer, Tokayer Ausbruch, 1862er Szamardiner (herber), feinen fetten Oedenburger Ausbruch, Oedenburger Halbausbruch, Egrisörer (rother Ungar), Portwein, Madeira, Rheinweine, Rothweine, Haut Perniac, Haut Sauternes, sowie Maitrank von frischen Kräutern, empfiehlt zu soliden Preisen.

J. Mierau,

(1407) Fischmarkt No. 11. Täglich frischen Maitrank und Eis empfiehlt die Conditorei von

Theodor Becker, Gr. Wolltehergasse 21. Für Frühstücksgänger empfiehlt sich in aller Frühe frische Waare.

(1404) Geräucherte Speckstundern,

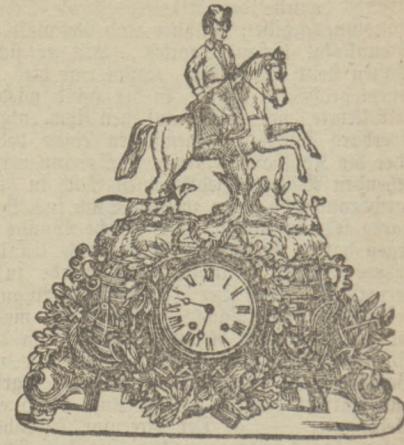
täglich frisch und in bester Qualität, sowie marinirte, geräucherte und frische Fische, verendet prompt und unter Nachnahme

Brunzen's Seefischhandlung, Fischmarkt 38.

Ein eleganter Kinderwagen auf Federn, mit Verdeck, ist zu verkaufen.

Costüm e s,
fertige Kleider für Damen
vom einfachsten bis elegantesten Geschmack
empfiehlt in großer Auswahl zu billigsten Preisen
Peril, Langgasse 70.

Ich wohne jetzt Hundegasse No. 27.
Joel Mankiewicz.



L. Markfeldt,

Uhrmacher,

30. Langenmarkt 30,

empfiehlt sein durch neue Zusendungen auf das Vollständigste assortirtes Lager aller Arten Uhren, Ketten, Breloques etc., sowie eine geschickte Auswahl von Broches, Boutons, Medaillons etc. Reparaturen werden unter Garantie auf das beste und billigste ausgeführt.

(1378) 160 große, ganz besonders wohlerreiche Hammel, von allen Jahrgängen, und 200 Mitterschafe desgl., stehen zur Abnahme gleich nach der Schur zum Verkauf.

Dominium Traupel pr. Freistadt in W.-Pr., den 8. Mai 1869.

Torfstecher,

welche verstehen, hamboischen Preistof zu machen, werden gesucht in

Schloss Birglau per Thorn.

Heiraths-Gesuch.

Ein junger liebenswürdiger Gutsbesitzer, dem es an Damenbelästigung mangelt, sucht auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege eine Lebensgefährin mit einem disponiblen Vermögen von 15—20.000 R. Junge Damen, auch interessante Wittwen, belieben ihre werthen Adressen mit Photographie gültig in der Expedition dieser Zeitung unter T. T. No. 1322 versiegelt einreichen zu wollen.

(1322) Discretion selbstverständlich! — Chrenmann!

Ein Commis mosaischen Glaubens, der polnischen Sprache mächtig, sucht unter beschiedenen Ansprüchen eine Stelle in einem Getreide- oder Producten-Geschäft. Gefällige Offerten bitte A. Z. poste restaurante Marienburg W. Pr.

Ein junger Mann, mit den nötigen Schulkenntnissen versehen, welcher das Verschreibungs-Geschäft gründlich erlernen will, kann sich melden im Comtoir, Hundegasse 49, Hangeschule, von 9—12 Vorm. u. 3—6 Uhr Nachm.

Wir suchen einen Lehrling mit den nötigen Schulkenntnissen ausgerüstet zum sofortigen Antritt.

Herrmann & Lefeldt.

1 anständig möbliertes Zimmer ist Ankenschmiedegasse 19 an einen Herrn zu vermieten.

(1390)

Neufahrwasser, Hafenstr. 13, möbl. Sommerwohnung nebst Gart. z. verm.

1 Comtoir zu vermieten Langenmarkt 22.

Neufahrwasser, Olivaerstraße 82, sind während des Sommers 2 freundliche Zimmer zu vermieten.

(1417)

Bestes Lagerbier

vom Fass empfiehlt

C. H. Kiesau,

Hundegasse 119, nahe der Post,

Naturforschende Gesellschaft

Zur ordentlichen Versammlung der naturforschenden Gesellschaft am Mittwoch, den 12. Mai,

7 Uhr Abends, wird hierdurch eingeladen.

Dr. Bail: Demonstration kürzlich von ihm aufgefundenen gleichzeitig Stempel und Staubbüchse führenden Blütenbestände unsrer beiden Buchenarten und einer Fichte.

Vortrag des Herrn Fabrikbesitzer Pfannen-Schmidt über: Die modernen Theorien der Chemie.

Bail.

Bachr's Etablissement, vormals Aufbach, in der Allee, Dienstag, den 11. Mai Concert des Musikkirectors Friedrich Laade aus Dresden. Anfang 4 Uhr. Entrée 2½ Sgr.

Seebad Westerplatte.

Dienstag, den 11. d. Concert. Anfang 4 Uhr. Entrée 2½ Sgr. Bis zum Beginn meiner Concerte in Sopot werde ich jeden Dienstag, Freitag und Sonntag incl. Feiertage auf der Westerplatte concertiren.

(1413) H. Buchholz.

Selonke's Etablissement, Dienstag, den 11. Mai: Letztes Casspiel der franz. Soubrette Demoiselle Capelle, sowie Aufreten sämtlicher engagirten Künstler.

Ein Lehrling ordentlicher Eltern kann sofort in meinem Geschäft eintreten.

Louis Loewensohn,

Langgasse No. 1.

Druck und Verlag von A. W. Kasemann in Danzig.

Frühjahrs-Mantelettes u. Paletots
empfiehlt (1399)
in großartigster Auswahl
zu auffallend billigen Preisen
Peril, Langgasse 70.

Einsegung - Anzüge
Anzüge für Knaben
von 2—16 Jahren in großartiger Auswahl nach den neuesten Modellen in nur waschhaften nicht verschleißenden Stoffen sauber und gut fixend gearbeitet, empfiehlt zu
billigst notirten Preisen
Peril's Knaben-Garderoben-Handlung.
70. Langgasse 70.

In Einsegung - Geschenken
empfiehlt Gesangbücher, Poësie-Albums in Sammet und Leder, mit und ohne Malerei, sowie ein reichhaltiges Lager in Leder- und Galanterie-Waren zur geneigten Beachtung.

Louis Loewensohn
aus Berlin,
1. Langgasse 1.

Aechte Havana-Cigarren,
ältere Jahrgänge, verkaufe, um damit zu räumen, zum und unter dem Kostenpreise.
J. C. Meyer,
Cigarren- und Tabak-Handlung,
Langenmarkt 20,
neben Hotel du Nord.
(1269)

Spazierstöcke,
Herrenschlipse,
Hosenträger etc.
verkaufe wegen Ausgabe des Geschäfts unterm Kostenpreise. Rudolph Bluhm,
Marktanschegasse 8.
(1401)

Wollsäcke,
9—10 Pfds. schwer, a 1 Rg. 10 Sgr.,
RippSpläne,
11 Ellen lang, 4½ Els breit a 3 Sgr. 20 Sgr.,
Getreidesäcke,
3 Scheffl Inhalt, vom stärksten ostpreuß. Drillisch, a 14 und 15 Sgr., Handstücke, ganz vorzüglich zu Meissäcken geeignet, mit 2 blauen Streifen, a 18 Sgr.
Wollsock. u. Rippplanleinen,
empfiehlt

Herrmann Schäfer,
(1290) 19. Holzmarkt 19.

Der Ausverkauf.
der 2. L. Preuss'chen Concursmasse mit Papier, Galanterie- u. Lederwaren wird fortgesetzt. Portehaisengasse No. 3.

Rüb- u. Leinküchen
offerieren Alexander Makowski & Co.,
Voggenuhl No. 77.

Neue gelbe märkische Saat-Lupinen offerirt (1175)
F. W. Lehmann,
Mölzergasse No. 13.

Gelbe und blaue Saatlupinen, Mais (Pferdezahn) offerirt (1085)
W. Wirthschaft.

Trockene, starke böhme Felgen und Böhnen, so wie böhme Eggen-Balken, tieferne Latten, Stangen, Dielen, Rüden offerirt zu Lienfiz und Pelylin (1085)

v. Stefanski.

Verkaufen! Verpachten!
in besserer Qualität empfiehlt frei ab den Bahnhöfen R. Baecker in Meuse.
Neugarten 15 sind 2 Oberwohnungen, eine i. October u. eine zum Juli z. vermiethen, bestehend aus 4 u. 5 Zimmern, Entrée, Küche, Kell., Bod., Gefinstet, Eingang i. d. Gart. (Laube).

120 sette geschorene Hammel u. Schafe stehen zum Verkauf in Teseritz bei Pr. Stargardt.

Die in jeder Richtung complettierte Musikalien-Leih-Anstalt von

Th. Eisenhauer,

Langgasse 40, vis-à-vis dem Rathause, empfiehlt sich zu den günstigsten Bedingungen zu zahlreichen Abonnementen. Prospekte gratis.

Hauptcatalog 7½ Sgr., 1. Nachtrag 2½ Sgr., 2. Nachtrag (bis October 1868) 2½ Sgr.

Großes Lager neuer Musikalien, darunter der billige Verlag von C. F. Peters, H. Vitoff stets vorrätig.

Die in jeder Richtung complettierte Musikalien-Leih-Anstalt von

Th. Eisenhauer,

Langgasse 40, vis-à-vis dem Rathause, empfiehlt sich zu den günstigsten Bedingungen zu zahlreichen Abonnementen. Prospekte gratis.

Hauptcatalog 7½ Sgr., 1. Nachtrag 2½ Sgr., 2. Nachtrag (bis October 1868) 2½ Sgr.

Großes Lager neuer Musikalien, darunter der billige Verlag von C. F. Peters, H. Vitoff stets vorrätig.

Die in jeder Richtung complettierte Musikalien-Leih-Anstalt von

Th. Eisenhauer,

Langgasse 40, vis-à-vis dem Rathause, empfiehlt sich zu den günstigsten Bedingungen zu zahlreichen Abonnementen. Prospekte gratis.

Hauptcatalog 7½ Sgr., 1. Nachtrag 2½ Sgr., 2. Nachtrag (bis October 1868) 2½ Sgr.

Großes Lager neuer Musikalien, darunter der billige Verlag von C. F. Peters, H. Vitoff stets vorrätig.

Die in jeder Richtung complettierte Musikalien-Leih-Anstalt von

Th. Eisenhauer,

Langgasse 40, vis-à-vis dem Rathause, empfiehlt sich zu den günstigsten Bedingungen zu zahlreichen Abonnementen. Prospekte gratis.

Hauptcatalog 7½ Sgr., 1. Nachtrag 2½ Sgr., 2. Nachtrag (bis October 1868) 2½ Sgr.

Großes Lager neuer Musikalien, darunter der billige Verlag von C. F. Peters, H. Vitoff stets vorrätig.

Die in jeder Richtung complettierte Musikalien-Leih-Anstalt von

Th. Eisenhauer,

Langgasse 40, vis-à-vis dem Rathause, empfiehlt sich zu den günstigsten Bedingungen zu zahlreichen Abonnementen. Prospekte gratis.

Hauptcatalog 7½ Sgr., 1. Nachtrag 2½ Sgr., 2. Nachtrag (bis October 1868) 2½ Sgr.

Großes Lager neuer Musikalien, darunter der billige Verlag von C. F. Peters, H. Vitoff stets vorräßig.

</div